

Aufruf zum Ostermarsch 2024 in Frankfurt

Die Waffen nieder! Friedensfähig statt kriegstüchtig

Deutschland muss „kriegstüchtig“ werden, erklärt Minister Pistorius. Er meint damit nicht nur die Bundeswehr, sondern die gesamte Bevölkerung. Wir lehnen eine Politik ab, die von Krieg als dem Normalfall ausgeht statt vom Friedensgebot des Grundgesetzes. Diese Politik eskaliert internationale Konflikte und militarisiert unsere Gesellschaft. Wir wenden uns gegen die innere Militarisierung in unserem Land, die eine weitere Rechtsentwicklung verstärkt. Wir müssen nicht „kriegstüchtig“, sondern die Politik wieder friedensfähig werden.

Täglich sterben unschuldige Menschen in zahlreichen Kriegen. Die Gefahren wachsen, denn es drohen eine Ausweitung des Krieges in der Ukraine bis hin zu einem Atomkrieg, sowie eine Ausweitung des Krieges im Nahen Osten zu einem Flächenbrand. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine muss beendet werden. Weder militärische Offensiven, noch Waffenlieferungen oder Sanktionen gegen Russland haben zu Waffenstillstandsgesprächen geführt. Initiativen zur Beendigung der militärischen Auseinandersetzung, für einen Waffenstillstand und diplomatische Lösungen werden von der Bundesregierung abgelehnt.

Sie setzt sich für eine Fortsetzung der Kriege in der Ukraine und in Nahost ein. Ungeachtet der horrenden Zahl von Opfern lehnt sie Waffenstillstände und Verhandlungen ab. Mit dieser Erbarmungslosigkeit isoliert sie sich zunehmend.

Auch im Gaza-Krieg sind wir solidarisch mit allen Opfern und fordern einen sofortigen Waffenstillstand. Wir bekennen uns zum Existenzrecht des Staates Israels und Palästinas auf Basis von UNO-Beschlüssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in Nordsyrien und Nordirak, gegen die das NATO-Mitglied Türkei weiterhin eine blutige Kriegsführung betreibt. Dieser Konflikt steht auch für viele andere kriegerische Auseinandersetzungen weltweit, die hierzulande kaum wahrgenommen werden. Mit ihren Waffenlieferungen gießt die Bundesregierung Öl ins Feuer. Sie bedient dabei die Profitinteressen der Rüstungsindustrie und stützt die Vormachtstellung der USA.

Kriege und Rüstung sind Ursachen für Zerstörung des Klimas, Hungerkrisen, Flucht und Vertreibung. Überschwemmungen, Hitzewellen, Dürre werden nicht bekämpft, weil das Geld für Rüstung ausgegeben wird.

Anstatt auf Diplomatie und Deeskalation zu setzen, steigen die deutschen Militärausgaben von bisher 64 auf 85 Milliarden Euro, etwa tausend Euro pro Einwohner. Das ist der größte Sprung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Wir wollen nicht den weltweit drittgrößten Rüstungsetat, der mit sozialer Verelendung in unserem Land erkaufte wird.

Statt Rüstungskonzerne reich zu machen hätte man Geld, um Kinderarmut zu verhindern, den Wohnungsbau voranzutreiben, das Bildungs- und Gesundheitssystem sowie den Klimaschutz zu verbessern und die Sozialausgaben insgesamt zu erhöhen.

Es ist höchste Zeit für Friedenspolitik – in der Ukraine, im Nahen Osten und weltweit. *„Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“* (Willy Brandt). Nur im Frieden und nur durch gemeinsame globale Anstrengungen sind soziale Entwicklung, Schutz von Klima und Natur und eine lebenswerte Zukunft für alle möglich.

Es ist zu Ostern dringlicher denn je, als zivilgesellschaftliche Opposition auf die Straße zu gehen. Wir fordern

- **einen Stopp aller Waffenlieferungen**
- **glaubwürdige diplomatische Initiativen**
- **Sozialausgaben, zivile Infrastruktur und Klimaschutz auszubauen**
- **Visa und Asyl für alle Kriegsdienstverweigerer**
- **Beibehaltung von Zivilklauseln, Militarisierung an hessischen Hochschulen stoppen.**

Abrüsten statt aufrüsten

Wir rufen auf zum Ostermarsch in Frankfurt:

DFG-VK Frankfurt, DIE LINKE Frankfurt, DKP Frankfurt, DKP Gießen, Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba Frankfurt, Friedens- und Zukunftswerkstatt, Friedensnetzwerk Gießen, IPPNW Frankfurt, Leben und Arbeiten in Gallus und Griesheim e.V., Naturfreunde Frankfurt, Netzwerk InterRed cooperation e.V., Offenbacher Friedensinitiative, Rödelheimer Friedensinitiative, Stiftung LAGG ein anderes Frankfurt, VVN-BdA Frankfurt, VVN-BdA Main-Kinzig, Wetterauer Aktion Frieden

Reinhard Bahnisch, Dieter u. Ute Bender, Norbert Birkwald, Christiane Böhm, Susanne Bötte, Barbara Bühnemann-Dietrich, Peter Delis, Reiner Diederich, Peter Eickmann, Roland Fäth, Gerhard Ferdinand, Inge und Klaus Fichter, Harald Fiedler, Fritz u. Bruni Freyeisen, Peter Friedl, Conni Hechler-Birkwald, Jutta Himmelreich, Anne Kahn, Sima Kassaie-van Ooyen, Horst Koch-Panzner, Gisela Kommander, Marianne Köster, Uwe Krüger, Stefan Kytzia, Gudrun u. Rudolf Lang, Barbara Lautermilch, Martina u. Uwe Lennartz, Bernd Malle, Imke Meyer, Christian Momberger, Michael Müller, Roland Nau, Jossi Oswald, Karl-Heinz Peil, Bernd Raths, Sigrid Reimann-Fäth, Hanne u. Lothar Reininger, Joachim Reitz, Joachim-Klaus Reitz, Norbert Rempel, Christoph Rinneberg, Detlef Schabicki, Hermann Schaus, Adelheid Schiele, Michael Schielke, Hannelore u. Horst Schmitthener, Karin Schwalm, Klaus Seibert, Axel Seiderer, SG Hildegard Strauch, Gerhard Strauch, Andreas Swirschuk, Thomas Odenweller, Willi van Ooyen, Birgit u. Richard Pfaff, Peter Vetter, Ellen Weber, Arthur Weger, Jutta Weißmann, Bernhard Winter, Manfred Wittmeier